

**Geschäftsführung
Seniorenbeirat**

Es informiert Sie	Heike Löber
Telefon (0202)	563 49 28
Fax (0202)	563 85 31
E-Mail	heike.loeber@stadt.wuppertal.de
Datum	22.10.15

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Seniorenbeirates (SI/0657/15) am 20.10.2015

Anwesend sind:

Beiratsmitglieder

Frau Apostolo Agnantiti , Frau Erika Bräuer , Frau Maria del Rosario Fernandez Bravo , Frau M. Huss , Herr Gerhard Janke , Herr Rainer Kessler , Frau Ingrid Langer , Frau Anne Simon , Herr Gerd Tumeltshammer , Frau Ruth Yael Tutzingler , Frau Christel Windgaßen ,

von der CDU-Fraktion

Herr Franz-Adalbert Grunwald , Frau Rosemarie Gundelbacher , Herr Michael Wessel ,

von der SPD-Fraktion

Herr Günter Heekerens , Herr Detlef-Roderich Roß , Herr Dieter Scherff , Frau Heidi Schlegel ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Verena Gabriel ,

von der FDP-Fraktion

Herr Hans-Wolfgang Meyer ,

von der Fraktion DIE LINKE

Herr Peter Schankowitz ,

von der WfW-Fraktion

Frau Monika Kasten ,

berat. Mitglied § 58 I GO NRW

Frau Helga Barkmann ,

Mitglied mit beratender Stimme

Herr Peter Siemerkerus ,

Beirat der Menschen mit Behinderung

Frau Erika Ritter ,

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Marianne Krautmacher , Herr Uwe Temme , Herr M. Wagner

Schriftführerin
Frau Heike Löber ,

Beginn: 11:00 Uhr
Ende: 12:37 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, und insbesondere die Vertreter der Spee-Akademie Wuppertal, sie weist auf das verteilte aktuelle Programm der Akademie hin, in dem auch die Sitzungstermine des Seniorenbeirates zu finden sind.

Frau Stv. Gundelbacher berichtet, das langjährige engagierte Mitglied des Seniorenbeirates Jürgen Dittmar sei verstorben.

2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.08.2015

Die Vorsitzende stellt fest, dass es keine Einwände zum Protokoll der Sitzung vom 18.08.2015 gibt.

3 Antrag des Caritasverbandes Wuppertal/Solingen vom 19.08.2015: "Erledigungskontrolle der letzten Sitzung"

Die Vorsitzende gibt das Wort an Herrn Keßler. Dieser erläutert, bei dem Antrag gehe es um Formal-Korrektheit. Bei der Caritas werde Erledigungskontrolle aufgrund von entsprechenden Vorgaben im SGB XI wie im Antrag vorgeschlagen gehandhabt.

Frau Stv. Gabriel erklärt, eine Erledigungskontrolle wie vorgeschlagen mache Ergebnisse klarer, deutlicher, leichter nachvollziehbar, sei zu begrüßen.

Herr Temme trägt bei, die Geschäftsführung halte ohnehin Beschlüsse nach, aus Sicht der Verwaltung gebe es keine Bedenken, dem Antrag/Vorschlag zu folgen.

Frau Stv. Gundelbacher stellt allgemeine Zustimmung fest, wie beantragt zu verfahren.

4 „Angstraum-Konzept“ - Frau Ackermann, Ressort Soziales -

Frau Ackermann gibt eine Druckversion des Angstraumkonzeptes 2015 zur Ansicht in die Runde.

Das Konzept, sowie auch das aus 2012, kann unter folgendem Link online aufgerufen werden:

<https://www.wuppertal.de/vv/produkte/201/102370100000430335.php>

Frau Ackermann berichtet über die Entstehungsgeschichte des Konzeptes, erläutert zum Begriff Angstraum/Kriterien, den 33 evaluierten Angsträumen in Wuppertal und ihre Zuordnung zu Abstufungen der Angst-Besetztheit.

Fr Ackemann erklärt, sie nehme seit dem Frühjahr dieses Jahres an den Stadtteilkonferenzen teil, um dort Rückmeldungen der vor Ort tätigen AkteurInnen zu erhalten. Nicht in allen seien Senioren vertreten, Hinweise aus dem Seniorenbeirat würden gerne entgegengenommen. Die Haushaltssituation erlaube nicht an allen 33 identifizierten Orten grundlegenden Umbau, kleinere Maßnahmen seien aber möglich. Im Übrigen dienten Hinweise auch zur Berücksichtigung im Rahmen von Planungen für Orte, an denen große Baumaßnahmen anstünden.

Auf Nachfrage von Herrn Roß zu Unterbarmer Unterführungen bestätigt Frau Ackermann, teilweise seien technische Einrichtungen dort untergebracht, die Unterführungen könnten auch nicht einfach verfüllt werden. Die Unterführung an der Wolkenburg liege in der Eigentümerschaft der Bahn AG, die Gespräche zu

diesem Ort gestalten sich derzeit schwierig.

Die Nordbahntrasse sei aktuell insgesamt nicht als Angstraum eingestuft.

Zur Frage von Frau Gabriel bzgl. des Karlsplatzes führt Frau Ackermann aus, von den sich dort aufhaltenden Personengruppen gingen in der Regel keine Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten aus, daher könnten die Ordnungsbehörden nicht handeln. Ein Alkoholverbot im öffentlichen Raum ist, wie es Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, rechtlich nicht umsetzbar. Die Grünflächenunterhaltung erfolge dort im Rahmen des Möglichen, für Investoren oder Projekte zur Belebung des Platzes liege der Platz nach den derzeitigen Erfahrungen nicht zentral genug.

Auf Frage von Herrn Siemerke zum „Angstraum Schwebebahnhof Döppersberg“ erläutert Frau Ackermann, die Service-/Sicherheits-/Sauberkeits-Kräfte der WSW hätten vor einigen Jahren personellen Abbau erfahren, seien aber nach wie vor tätig. Aktuelle Schwierigkeiten seien vor allem durch die Baustellensituation verursacht, die Probleme würden gesehen und soweit möglich auch angegangen.

**5 Antwort der WSW mobil GmbH zum Antrag vom 18.08.2015:
Haltestellensituation an den Bushaltestellen Kluse und Brausenwerth (Hbf)**

Herr Roß erklärt, die Antwort der WSW sei nicht befriedigend. Ein mobiler Wetterschutz sei möglich (gewesen), es seien z.B. auch Mütter mit Kinderwagen betroffen. Herr Heckerens berichtet, im Rahmen des Baues des neuen Zentral-Omnibus-Bahnhofes in Velbert seien entsprechende Wetterschutz-Haltestellen-Module bereitgestellt worden. Frau Bräuer beanstandet, es fehle jeglicher [Lösungs-] Vorschlag von Seiten der WSW.

Frau Gabriel schlägt ebenfalls vor, die Antwort der WSW nicht ohne Widerspruch stehen zu lassen. Frau Stv. Gundelbacher schlägt vor, als Vorsitzende mit der Bezirksvertretung Elberfeld Rücksprache zu nehmen, und koordiniert mit der Bezirksvertretung den WSW gegenüber zu treten. Dies findet allgemeine Zustimmung.

**6 Sachstandsbericht über die Erteilung einer Betriebserlaubnis für
Senioreneinrichtungen - Frau Krautmacher, Ressort Soziales / Herr
Thomas, Ressort Bauen und Wohnen -**

Frau Krautmacher bittet einleitend Herrn Thomas, zuständig für baurechtliche Verfahren, für die baurechtliche Seite bzgl. Genehmigungen vorzutragen. Herr Thomas erläutert, bei einem Bauantrag ohne einen besonderen Hinweis bzgl. einer speziellen Nutzung gehe die Baubehörde davon aus, dass es sich um eine einfache Wohnung handele.

Bei selbständig und eigenverantwortlich entwickelter Wohngemeinschaft, wie sie auch bei Studenten oder anderen Erwachsenen denkbar sind, handele es sich letztlich um "Wohnen" im bauordnungsrechtlichen Sinne, auch wenn hinzukommend Service-Dienstleistungen durch die Mitglieder der Wohngemeinschaft in Anspruch genommen werden.

Wird die Verwaltung und Organisation der einzelnen Wohngemeinschaftsmitglieder durch einen Hauptmieter, der selbst nicht in der Wohnung wohnt, wahrgenommen, sei sehr leicht die Grenze zu einer Betreuungseinrichtung erreicht, die dann die Anforderungen der Betreuungs-Richtlinie zu erfüllen hat um bauordnungsrechtlich genehmigungsfähig zu sein. Das gleiche gilt für Wohngemeinschaften in der sich die Mitglieder in der Regel gar nicht mehr selbst versorgen können wie z. B. in "Demenz-WG's" oder "Beatmungs-WG's".

Ein eindeutiger Hinweis auf eine heimähnliche Nutzung sei z. B., wenn eine

vorgelegte Planung Apartments ohne eigene Bäder/Küchen ausweise. Bei einer Zweckänderung müsse ein Nutzungsänderungs-Antrag gestellt werden, ggf. gehe es dann um ein Gewerbe.

Die Sozialbereiche der Verwaltung bekämen Listen aller Bauanträge, bei Hinweisen auf ein „Heim“, bzw. Vergleichbares melde sich dann der Bereich Soziale Planung, da ggf. das Wohn- und Teilhabegesetz NRW greife. Bau- und Sozialbereich kommunizierten dann auch weiter miteinander, die Bereiche hätten in einem solchen Zusammenhang unterschiedliche Aufträge wahrzunehmen. Herr Thomas weist ergänzend darauf hin, es erfolge keine Abnahme von Wohnungen mehr, gegenüber früher vier, stehe mittlerweile nur noch ein Mitarbeiter in diesem Bereich zur Verfügung.

Im Fall des Objektes in der Herichhauser Straße seien nur Aufzug und Rampe bei der Baubehörde beantragt worden, der Antrag sei durch den Antragsteller zurückgenommen worden. Nach Hören-Sagen finde hier inzwischen Umbau zu Büros statt. Herr Keßler merkt an, es sei in dem Fall / in dem besagten Zeitungsartikel um Anfragen im Zusammenhang mit Brandschutz gegangen. Herr Thomas erklärt, diese würden an die Feuerwehr gerichtet.

7 Telefonsprechstunde des Seniorenbeirates

Die Vorsitzende berichtet, es sei ein Anlauf-Versuch für eine Telefonsprechstunde des Seniorenbeirates für den 6. oder 20. November 2015 von 10:00 bis 12:00 Uhr im Verwaltungsgebäude Neumarkt 10 vorgesehen. Herr Heekerens erklärt seine Bereitschaft, am 6. November bei der Telefonsprechstunde mitzuwirken.

Auf Frage von Frau Kasten bzgl. des Versuches mit einer persönlichen Sprechstunde führt Frau Stv. Gundelbacher aus, Erfahrungen mit persönlichen Sprechstunden auch in anderen Zusammenhängen zeigten, dass Menschen häufig den Weg scheuten.

Herr Scherff, Herr Stv. Wessel, Frau Kasten und Herr Roß plädieren für Sprechstunden in den Stadtteilen.

Herr Heekerens schlägt vor, zunächst mit der Telefonsprechstunde zu beginnen, und später Sprechstunden vor Ort mit Fraktionsvertretern anzubieten. Einvernehmlich soll in der nächsten Sitzung gemeinsam bzgl. der Sprechstunden weiter überlegt werden.

Zum Vorschlag von Frau Gabriel, in Altenheimen zu tagen, erklärt Herr Temme, das bringe erfahrungsgemäß keine Zuhörer. Sinnvoll sei, konkrete Themen im Rahmen von Veranstaltungen vor Ort zu bearbeiten.

Herr Temme regt an, sich mit dem Seniorenbeirat am Quartiersprojekt Eckbusch/Siebeneick zu beteiligen. Dies bekommt allgemeine Zustimmung. Herr Roß bittet zu prüfen, weshalb die Sitzungstermine des Seniorenbeirates nicht in der WZ veröffentlicht werden.

8 Sachstand der Umsetzung des Masterplanes Quartier in Wuppertal

Frau Krautmacher berichtet:

Die Arbeitsgruppe ‚Quartier‘ wird in der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz ihren Abschlussbericht vorstellen. Es wurden 3 Quartiere, eines davon Eckbusch-Siebeneick, für (weitere) Projekte der altengerechten Weiterentwicklung vorgeschlagen. In dem Zusammenhang sollen Stadtteilkonferenzen stärker genutzt werden. Auch der Seniorenbeirat sollte sich hier einbringen.

Anfang Oktober wurden durch die Quartiersentwicklerin zwei Quartiersspaziergänge im Quartier Eckbusch-Siebeneick durchgeführt, ein Schritt

um (brennende) Themen/ Bedarfe zu erfassen. In den nächsten 1-2 Jahren sind Maßnahmen zu entwickeln

Die Frage ausreichender ärztlicher Versorgung ist nicht abschließend geklärt. Zum Lebensmittelladen läuft ein Gutachten, die Entscheidung soll im Dezember fallen.

Am 29.10.15 abends werden die Ergebnisse der Quartiersspaziergänge im Ev. Gemeindezentrum vorgestellt.

Es ist wünschenswert, dass 1-2 Vertreter des Seniorenbeirates an der Vorstellung teilnehmen.

9 Ausgabe von Wahlbenachrichtigungen in Seniorenunterkünften und Pflegeheimen

Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE vom 22. September 2015

Vorlage: VO/1801/15

Herr Keßler erklärt, es sei nicht akzeptabel, dass mit der Anfrage quasi der Eindruck erweckt werde, es liege eine „flächendeckende“ Problematik vor. Das gebotene Vorgehen im Umgang mit Wahlbenachrichtigungen für Bewohner von Pflegeeinrichtungen sei klar. Die Einrichtungen stellten selber Raum für Wahllokale bereit, sie kooperierten mit der Wahlbehörde.

Wenn es in Einzelfällen zu „Pannen“ bei der Zustellung von Wahlbenachrichtigungen käme, sollte das Anlass sein, das vorgesehene Beschwerdemanagement einzuschalten.

9.1 Ausgabe von Wahlbenachrichtigungen in Seniorenunterkünften und Pflegeheimen Große Anfrage der Ratsfraktion Die Linke

Vorlage: VO/1801/15/1-A

Erledigt mit TOP 9.

10 Bericht der Vorsitzenden

Es gab keine weiteren Informationen der Vorsitzenden.

11 Mitteilungen aus der Verwaltung

Es gab keine weiteren Mitteilungen der Verwaltung.

12 Verschiedenes

Es gab keine sonstigen Anliegen.